

IV. DAS JAHRHUNDERT DER BEFREIUNG: 1. Die Emanzipation der Frau (9/1999);
2. Die Ökologie-Bewegung (10/1999); 3. Entstehung der Volksparteien (11/1999);
4. Gewaltfreier Widerstand (12/1999); 5. 1968, das Jahr der Rebellion (13/1999)



FOTOS: BfV / DBV / ARCHIV SIMON (l. o.), F. BUCKLE / BILDBERG (l. u.), ANDREWS / ARGUS (r. o.), GAULS (r. u.)

Vogelschützer (um 1935); Luftverschmutzung in der Lausitz (1991); Protest gegen Waldsterben (1982); Anti-Atom-Demo in Brokdorf (1981)

DAS JAHRHUNDERT DER BEFREIUNG

Weltmacht in Grün

Jahrzehntelang wurden Naturschützer verlacht. Doch an der Schwelle des neuen Jahrtausends scheint die Ökologie-Bewegung stärker als mancher Multi und manche Regierung. Folgt auf das Jahrhundert der Umweltzerstörung ein Jahrhundert der Umwelt?

Der Feind im Spiegel

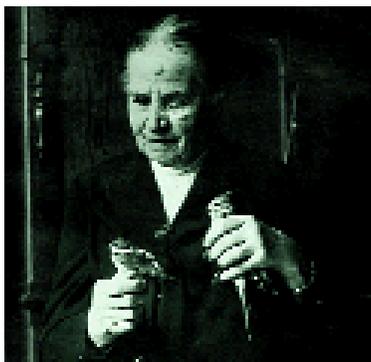
Von Jochen Bölsche

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Den Anstoß gab eine Frau, die Anstoß nahm. Die schwäbische Industriellengattin Lina Hähnle, 47, war entsetzt über die „thörichte Mode“ ihrer Geschlechtsgenossinnen, „Vogelbälge auf den Hüten zu tragen“. Denn die weibliche Putzsucht bedrohte um die Jahrhundertwende das Überleben von Paradiesvögeln und Silberreihern, die ihrer prächtigen Federn wegen massenhaft abgeknallt wurden.

Um dem bösen Frevler ein Ende zu bereiten, gründete Lina Hähnle am 1. Februar 1899 in der Stuttgarter Liederhalle einen reichsweiten Bund für Vogelschutz (BfV). Und der Frau mit dem Geflügelnamen war Erfolg beschieden.

Der Hutkampf mauserte sich zur Volksbewegung, selbst der Kaiser drängte die



BfV / DBV / ARCHIV SIMON

Vogelschutz-Pionierin Hähnle
Freudig hinter dem Führer

Kaiserin, auf Federschmuck zu verzichten. Am Ende verhängte die Reichsregierung Einfuhr- und Abschlußverbote – und die deutsche Modeindustrie mußte, dank Lina Hähnle, gewaltig Federn lassen.

Hundert Jahre nach der Gründung von Deutschlands ältestem Naturschutzverein versammelten sich, am 20. Februar dieses Jahres, die Vogelfreunde des Landes abermals in der Stuttgarter Liederhalle. Sie blickten zurück auf die bewegte Vergangenheit ihres Verbands, der mittlerweile – unter dem Namen Naturschutzbund Deutschland (Nabu) – zur Großorganisation mit rund einer Viertelmillion Mitgliedern aufgestiegen ist. Doch zum Tirilieren und zum Jubilieren war bei diesem Jubiläum wenig Anlaß.

„Unverändert dramatisch ist der rapide Verlust an Pflanzen- und Tierarten“, beschreibt Nabu-Präsident Jochen Flasbarth, 37, das Resümee aus zehn Jahrzehnten Vogelschutz. In einem Manifest mit dem Titel „Aufbruch 21“, gemeinsam verfaßt mit



ECO-ARCHIV

Sozialistische Naturfreunde (1933)*: Ende in Zuchthäusern und Lagern

prominenten Vertretern von zwei Millionen deutschen Natur- und Umweltfreunden, zieht der oberste Vogelschützer der Republik eine düstere Bilanz: „Die globale Umweltkrise schreitet auf allen Sektoren ungebremst voran.“

Anders als zur Kaiserzeit steht für die Manifest-Autoren heute ungleich mehr auf dem Spiel als nur das Überleben des Paradiesvogels: An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sei angesichts der Bedrohung von Weltklima, Weltmeeren und Wasservorräten die „Selbsterstörung der Menschheit denkbar“.

Hundert Jahre Naturschutz – alles umsonst? Trotz vieler „alarmierender Trends“, hoffen Flasbarth und seine Mitstreiter, sei eine Umkehr zum Besseren möglich. Dazu bedürfe es einer „neuen planetarischen Ethik“ sowie kluger Politiker, die – Stichwort: Ökosteuer – dafür sorgen, daß „Vermeiden mehr lohnt als Natur- und Umweltverbrauch“. Fazit: „Der Aufbruch ist machbar.“

Zweckoptimismus? Die Geschichte der Ökologiebewegung des 20. Jahrhunderts gibt, genau betrachtet, Anlaß zu beidem – zur Resignation wie zur Zuversicht.

Zunächst, acht Jahrzehnte lang, wurden Naturschützer, in Deutschland wie anderswo, als Spinner und Sektierer belächelt, verhöhnt und sogar verfolgt. Generationenlang erwies sich der Naturschutz, abgesehen von geglückten Einzelaktionen wie der Paradiesvogel-Rettung, als die wohl einflußloseste aller Massenbewegungen.

* Mit schwarzen Fahnen als Zeichen des Protests gegen den Nationalsozialismus.

In den achtziger Jahren aber geriet der Umweltschutz – jedenfalls in hochentwickelten Industrieregionen wie Kalifornien, Deutschland oder Japan – zu einem gewaltigen politischen Einflußfaktor, der heute bisweilen mächtiger ist als mancher Minister und mancher multinationale Konzern.

Naturschutz als Geschichte schmachlicher Versagens und als glanzvolle Success Story – für beide Lesarten finden sich in den Archiven der Umwelthistoriker Belege. Bestes Beispiel: Deutschland.

In der Bundesrepublik ist es der Öko-Bewegung seit den achtziger Jahren dutzendfach gelungen, Gesetze zum Schutz von Wasser, Luft und Nahrung zu erzwingen, Giftstoffe verbieten zu lassen, Atomprojekte zu stoppen und schließlich, mit ihrem grünen politischen Arm, sogar die Ablösung der Bonner Kohl-Regierung zu ermöglichen.

In dieser Republik, in der heute – weltweit einmalig – ein Grüner als Vizekanzler amtiert, läßt sich womöglich gar erreichen, worauf die internationale Öko-Bewegung ihre Hoffnung setzt: daß auf das Jahrhundert der Umweltzerstörung ein „Jahrhundert der Umwelt“ folgt.

In krassem Kontrast zu solchen Träumen steht allerdings die traurige Realität zumal in den ärmeren Zonen der Erde, wo mehr denn je die Luft verpestet, das Wasser verseucht und der Wald vernichtet wird – kurzum: wo die Herrschenden auf dem Eilmarsch in die Industrialisierung jenen Raubbau wiederholen, der im Deutschland des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Naturschutzbewegung hat entstehen lassen.



Greenpeace-Aktion gegen „Brent Spar“ (1995): „Die globale Umweltkrise schreitet auf allen Sektoren ungebremst voran“

„Naturschutz“ – geprägt wurde das Wort, ebenso wie der Begriff „Heimatschutz“, von einem Berliner Musikprofessor namens Ernst Rudorff. Dem feinsinnigen Konservativen mißfiel, was im aufstrebenden Kaiserreich als hochmodern galt: die Flurbereinigung, die idyllisches Bauernland großflächig verunstaltete; die lärmenden Fabriken, mit denen Schlotbarone das Land überzogen; das Mietskasernen-Milljöh in den liederlichen Städten, in denen Landflüchtlinge ihr Glück suchten.

Der „Bund Heimatschutz“, 1904 von Rudorff gegründet, steht ganz im Geist der romantisch-reaktionären Stimmung jener Jahre, die Zivilisation mit „Syphilisation“ gleichsetzt und zurück zur Natur drängt. Die völkischen Modernisierungsgegner bekämpfen die „gleichmacherische“ Sozial-

demokratie ebenso wie, zum Beispiel, ein Wasserkraftwerk-Projekt am Hochrhein, das Rudorff wortradikal als „Verbrechen an der Menschheit“ einstuft.

Doch der Versuch der jungen Naturschutzbewegung, die einzigartigen Laufenburger Stromschnellen vor dem Zugriff der Strome zu retten, scheitert kläglich. Die badische Regierung schmettert sämtliche Einwände ab, die Rudorffianer kuschen und begnügen sich mit „kosmetischen Korrekturen“ – ein Mißerfolg, den der Essener Umwelthistoriker Rolf Peter Sieferle „symptomatisch“ nennt.

Auch der damals entstehende staatliche Naturschutz – 1906 wird dem preußischen Kultusministerium eine „Stelle für Naturdenkmalpflege“ angegliedert – erweist sich bald als handzahn. Er begnügt sich weit-

gehend mit der Sicherung von Einzelobjekten wie Baumriesen und Felsformationen; die Schaffung großflächiger Reservate nach dem Vorbild der US-Nationalparks Yosemite (1864) und Yellowstone (1872) überläßt der Staat der Privatinitiative – etwa dem Verein Naturschutzpark, der 1911 mit Spendengeldern 36 Quadratkilometer Lüneburger Heide aufkauft.

Die Zögerlichkeit des ersten preußischen Naturschutzbeamten, des Heimatschützers Hugo Conwentz, ruft die „zähneknirschende Wut“ eines jungen Öko-Fundis hervor: Mit bösem Wortwitz geißelt der hannoversche Redakteur Hermann Löns 1911 den kleinmütigen „conwentzionellen Naturschutz“.

Zugleich schreibt der Heidedichter den obrigkeitshörigen Heimatschützern ins



F. HÖFFMANN / BAYR. STAATSARCHIV

Tierfreund Hitler (1934): 5000 Nistkästen für das Führergut auf dem Obersalzberg

Stammbuch, was fast sieben Jahrzehnte lang Gültigkeit behalten soll: „Pritzelkram ist der Naturschutz, so wie wir ihn haben ... Die Naturverhunzung arbeitet ‚en gros‘, der Naturschutz ‚en detail‘.“ Dauernd werde über Naturschutz geredet – doch es komme „nicht viel mehr dabei heraus als null komma null null eins“.

Bissig wie Löns kritisiert auch der (später fast vergessene) linke Flügel der frühen Öko-Bewegung die „Verschacherung der Naturschönheiten“: Von 1905 an organisieren sich deutsche Sozialdemokraten unter dem Namen „Die Naturfreunde“, um aus grauer Städte Mauern ins Grüne zu fliehen, wo die Malocher in selbstgezimmerten „Naturfreundehäusern“ ihre noch äußerst knapp bemessene Freizeit verbringen.

In ihren Verbandsblättern drucken die roten Grünen Bekenntnisse zum Nacktbaden und zum Vegetarismus – und immer wieder aufrührerische Parolen gegen die naturverhunzende Industrie: „Kaum glaublich, mit welcher Unverfrorenheit der Kapitalismus seine Klauen überall einzuschlagen versucht.“ 1930 besetzen die frühen Ökopaxe symbolisch sogar einen Truppenübungsplatz.

Nach Hitlers Machtergreifung wird der linke Flügel der Naturschutzbewegung so gleich brutal gestutzt: Die Nazis beschlagnahmen sämtliche Naturfreundehäuser, die politisch Aktivsten unter den Arbeiterwanderern enden in Zuchthäusern und Lagern.

Den konservativen Heimatschutz hingenen können die Nazis mühelos gleichschalten; auch Lina Hähnles Vogelschützer, obgleich selber keine Ahnen der Nazis, bekennen: „Freudig stellen wir uns hinter den Führer.“ Viele von ihnen hoffen allen Ernstes, die braunen Blut- und Boden-Rheto-

riker würden sich als Maschinenstürmer und Naturapostel erweisen und die verhaßte Modernisierung des Landes stoppen.

In Wahrheit geht bei den Nazis „ideologische Instrumentalisierung“ des Naturschutzes einher mit „faktischer Ignoranz“, wie der Tübinger Umwelthistoriker Friedemann Schmoll analysiert: In den Jahren unter dem Hakenkreuz wächst das Tempo der Naturzerstörung schneller denn je.

Zwar tritt 1935 ein (bereits zu Weimarer Zeiten konzipiertes) Reichsnaturschutzgesetz in Kraft. Doch bei Arbeitsdienzeinsätzen und beim Autobahnbau, bei Panzermanövern und in der „Erzeugungsschlacht“ der autarkieveressenen NS-Agrarpolitik geraten allerorten Naturreserven unter die Räder, die rollen müssen für den Sieg.

Für die ideologische Entwaffnung der Heimatschützer sorgt NS-Propagandist Alfred Rosenberg mit einer tückischen Formel: „Nicht ‚die Technik‘ tötet alles Vitale, sondern der Mensch ist entartet“ – die Industrialisierung ist exkulpiert, die Technikkritik ausgehebelt, die Umweltverluderung auf die „übermäßige Vermehrung“ von „Halb- und Viertelmenschen“ zurückgeführt.

Sechs Jahre nach der Machtergreifung jubelt Hitlers „Völkischer Beobachter“: „Der Widerstand gegen die Technik ist so vollständig zusammengebrochen, so daß denen, die ihn weiterpflegen, nichts ande-

res übrigbleibt, als selber zusammenzubrechen.“

Der Reichsbund für Vogelschutz beehrt sich unterdessen, dem „GröVaZ“, dem „größten Vogelschützer aller Zeiten“, 5000 Nistkästen für das Führergut auf dem Obersalzberg zu liefern. Im Krieg versorgen die Piepmatzfreunde die Frontsoldaten mit Anleitungen zur Winterfütterung – Vogelschutz dient, wie Verbandschronisten später festhalten, „als willkommene Ablenkung von den Greueln des Krieges“.

Nach der Niederlage lastet die Vereinnahmung des Naturschutzes durch die Nazis wie ein böser Fluch auf dem Land: Jahrzehntelang gerät jede Kritik an der Naturzerstörung „automatisch unter den Verdacht einer mangelhaften Bewältigung der Vergangenheit“, wie Historiker

Sieferle schreibt – Naturschutz gilt im Nachkriegsdeutschland, ob Ost oder West, als politisch nicht korrekt.

Die DDR unterdrückt von Anfang an jedes Aufflackern grüner Gesinnung; Umweltproteste sind ein Fall für die Stasi. Doch auch in der Wirtschaftswunder-Republik können jahrzehntelang ohne nennenswerten Widerstand Flüsse verschmutzt, Felder vergiftet und Idyllen zubetoniert werden – die wenigen Kritiker werden als Sektierer abgetan.

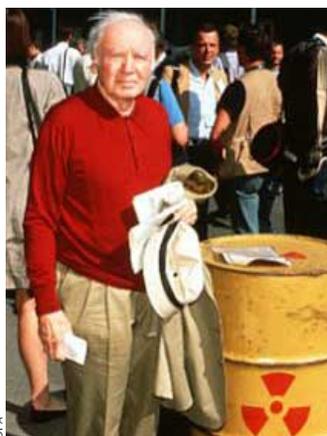
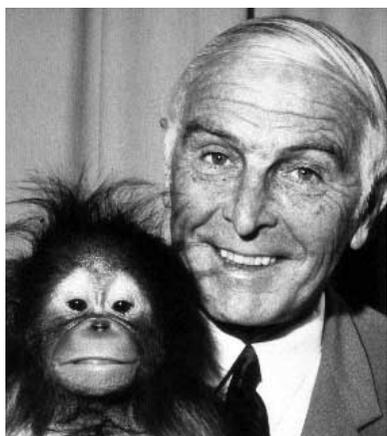
Das gilt selbst für die NS-verfolgten Naturfreunde. Als die roten Grünen gegen die Betonierung der Wutachschlucht im Schwarzwald protestieren, werden sie innerhalb der Vorwärts-Partei SPD als rückwärtsgewandte „Waldscheißer“, „Wasserlecker“ und „Wolkenschieber“ verspottet, wie der Ex-IG-Metall-Chef und Naturfreund Eugen Loderer notierte.

Für die meisten Linken jener Tage sind, so Sieferle, Natur- und Landschaftsschutz absurderweise „faschistische Themen“ – was sie blind macht für viele verhängnisvolle Fehlentwicklungen. Rachel Carsons Bestseller „Der stumme Frühling“ über vogelmordende Schädlingsbekämpfungsmittel erschüttert 1962 zwar das US-Publikum. Doch in der naturschutzresistenten Bundesrepublik ist das Echo seltsam verhalten.

„Zweifellos hat Fräulein Carson recht mit ihrer Sorge“, urteilt der Nachfolger des

„Die Naturverhunzung arbeitet ‚en gros‘, der Naturschutz ‚en detail‘.“

SCHRIFTSTELLER HERMANN LÖNS, 1911



Westdeutsche Umweltpioniere Grzimek (1971), Jungk (1990), Fischer*: Aufbruch in den Siebzigern, Durchbruch in den Achtzigern

Hähne-Vereins von 1899, der Deutsche Bund für Vogelschutz (DBV, heute Nabu) – doch eine breite öffentliche Diskussion und politische Konsequenzen lassen auf sich warten.

Nahezu ohne Resonanz verhallt 1963 auch die erste große Naturschutzdemonstration in der Geschichte des Landes, ein Naturfreunde-Kongress unter dem Motto „Natur in Gefahr, Mensch in Gefahr“. Der Naturschutz liege, klagt der DBV, derart darnieder, daß es „nur noch ein Aufwärts geben kann“.

Ein Aufschwung bahnt sich erst 1969 an, nachdem Sozial- und Freidemokraten die Bundestagswahl gewonnen haben. Am 7. November erfindet ein Beamter des FDP-geführten Bonner Innenministeriums das Wort „Umweltschutz“. Das folgende „Europäische Naturschutzjahr“ 1970 gilt als Geburtsjahr der modernen Umweltbewegung.

Bundeskanzler Willy Brandt, der schon im Wahlkampf 1961 den Deutschen einen „blauen Himmel über der Ruhr“ versprochen hat, ernennt den Zoologieprofessor und Fernseh-Aufklärer Bernhard Grzimek („Ein Platz für Tiere“) zum ersten Bonner Beauftragten für den Naturschutz. Im

Herbst 1970 legt die Bundesregierung unter Federführung von Innenminister Hans-Dietrich Genscher ein „Sofortprogramm Umweltschutz“ vor.

In der Bevölkerung keimen allmählich Problembewußtsein und Konfliktbereitschaft. Ermutigt durch die antiautoritäre Revolte von 1968, bilden sich mehr und mehr lokale Bürgerinitiativen – gegen Spekulation wie im Frankfurter Westend, gegen Fluglärm, Autobahnprojekte und Atomkraftwerkspläne.

Politisch engagierte Streiter wie Josef („Jo“) Leinen und Joseph („Joschka“) Fischer – die Jahre später Umweltminister an der Saar und in Hessen werden – betreten die neue Öko-Szene. Aktivbürger wie sie gründen 1972 den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der lokale, teils aus purem Eigennutz entstandene Aktionsgruppen vernetzt und politisiert.

Im selben Jahr veröffentlicht der Club of Rome das Umwelt-Manifest „Die Grenzen des Wachstums“. Die Botschaft ist unüberhörbar – zumal sich die Warnungen des Autors Dennis Meadows wenig später

bestätigen: Als die Opec 1973 den Ölpreis anhebt, die westliche Wirtschaft ins Taumeln gerät und Bonn zu autofreien Sonntagen aufruft, begreift jedermann, daß die Rohstoffschätze des Planeten tatsächlich begrenzt sind.

Unter dem Eindruck solcher Menetekel beginnt die traditionelle Naturschutzbewegung sich zu häuten. Bis dahin haben im Deutschen Naturschutzring, dem behäbigen Bonner Dachverband, konservative Reiter und Angler, Jäger und Paddler, Katzen- und Vogelfreunde den Ton angegeben – ein Zirkel untereinander zerstrittener Natur-Nutzer, die mit den neuen Reizthemen Umweltechnik, Verkehrspolitik und Kernenergie nichts Rechtes anzufangen wissen.

In der Mitte jenes Jahrzehnts gelingt es fünf prominenten Deutschen, den klassischen Naturschutz und den modernen Umweltschutz in einem einzigen schlagkräftigen Verband zu vereinen: Der kämpferische TV-Tierschützer Horst Stern, der bayerrische Naturschutzpionier Hubert Weinzierl, der Graugangsforscher Konrad Lorenz, der Atomkritiker Robert Jungk und Willy Brandts populärer Naturschutzbeauftragter Grzimek laden für den 20. Juli

* Bei einer Anti-Atom-Demonstration 1988 in Biblis.

Langer Marsch Der Weg der Grünen zur Regierungspartei

Oktober 1980	März 1983	Januar 1987	Dezember 1990	Oktober 1994	September 1998
Zur Bundestagswahl treten die Grünen als Protestpartei gegen die regierende sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt an.	Erste Bundestagswahl nach dem Machtwechsel: Während die mit Hans-Jochen Vogel angetretenen Sozialdemokraten ein schlechtes Ergebnis erzielen (38,2%), schaffen die Grünen den Einzug in den Bundestag.	Die Grünen können deutlich zulegen. SPD-Kandidat Johannes Rau hat die Öko-Partei im Wahlkampf ignoriert und für eine „eigene Mehrheit“ gekämpft, erreicht aber nur 37,0%.	Die SPD kämpft unter Oskar Lafontaine erstmals für Rot-Grün, holt sich jedoch mit 33,5% eine Abfuhr. Die West-Grünen scheitern an der Fünf-Prozent-Klausel. Dank einer Sonderregelung bei der ersten Wahl nach der Wiedervereinigung kommen die Ost-Grünen ins Parlament.	Die Grünen werden vor der FDP zur drittstärksten politischen Kraft. Das Wahlkampfziel, die Kohl-Regierung abzulösen, wird erneut verfehlt, weil die Sozialdemokraten unter Rudolf Scharping (36,4%) nicht genug zulegen.	Dank hoher Stimmengewinne (+4,5%) gelingt Gerhard Schröders Sozialdemokraten (40,9%) gemeinsam mit den schwächelnden Grünen (-0,6%) der Regierungswechsel; mit Joschka Fischer stellen die Alternativen den Außenminister und Vizekanzler.



1975 zur Gründung eines „Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland“, kurz BUND, ins bayerische Marktheidenfeld.

Auftrieb erhält die frisch renovierte Bewegung durch die Furcht vor Dioxin-Katastrophen wie im italienischen Seveso (1976) und in den Hamburger Boehringer-Werken (1979), vor allem aber durch die anschwellende Angst vor der Atomkraft. Zehntausende, die „lieber aktiv als radioaktiv“ sein wollen, demonstrieren in Wyhl und Brokdorf, Kalkar und Gorleben.

Der Staat führt, mit Helikoptern und Wasserkanonen, energievernde Rückzugsgefechte – bis Niedersachsens christdemokratischer Ministerpräsident Ernst Albrecht schließlich 1979 unter dem Druck regionaler Proteste einknickt und erklärt, seine Regierung werde keine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Gorleben bauen, „solange es nicht gelungen ist, breite Schichten der Bevölkerung von der Notwendigkeit und sicherheitstechnischen Vertretbarkeit der Anlage zu überzeugen“.

Wenige Jahre später erweist sich der Bau einer WAA auch im bayerischen Wackersdorf als nicht mehr durchsetzbar – der Bürgerprotest gegen den „WAAhnsinn“ der Plutoniumwirtschaft hat selbst den stramm CSU-regierten Freistaat in die Knie gezwungen.

Markieren die siebziger Jahre den Aufbruch der Umweltbewegung, so bringen die achtziger den Durchbruch auf breiter Front. Hauptursache ist die wachsende Sorge um den Wald – den Biotop, in dem die deutsche Seele wurzelt.

Dieselben Bundesbürger, die jahrzehntelang die Vergiftung ihrer Flüsse achsel-

zuckend als Preis des Fortschritts hingenommen haben, reagieren hochgradig alarmiert auf den Niedergang der Forsten. Die natürliche Pufferungskapazität vor allem von Tannen und Kiefern ist dem anhaltenden Schwefeldioxid- und Stickoxid-Regen aus Kraftwerken und Kraftwagen nicht mehr gewachsen.

„Abgestorbene Wälder, das war eine andere Dimension als verseuchte Flüsse, gin-



Ölpest-Opfer Seevögel: Auftrieb für den Öko-Kampf

gen doch selbst Koniferen in den Vorgärten ein“, beschreibt Öko-Historiker Siefert die Stimmungslage: „Vor allem das Tempo überraschte.“

Vor den Augen von Millionen Fernsehzuschauern besteigen Aktivisten von Greenpeace Deutschland (gegründet 1980) und Robin Wood (gegründet 1982) die dreckspeienden Kraftwerksschlote. Grauschöpfe im Lodenmantel demonstrieren gemeinsam mit Langhaarigen im Secondhand-Parka gegen den Luftschmutz. Als sich herumspricht, daß die Schadstoffe nicht nur Bäume, sondern auch Menschen krankmachen können, gehen sogar Mütter mit schwarz angemalten Kinderwagen auf die Straße: „Wenn der Wald stirbt, stirbt der Mensch.“

Daß sich die Worst-case-Szenarien von damals nicht bewahrheiten, ist der raschen Reaktion der Regierenden zu verdanken – die damals allen Grund zur Eile hatten: „Die Zerstörungen drohten innerhalb des Vierjahresrahmens virulent zu werden, innerhalb dessen sie denken“, blickt Siefert zurück, „es war nicht mehr ausgeschlossen, daß sie selbst von den Wählern die Quittung ausgestellt bekamen.“

In einem beispiellosen Kraftakt beschließen die Bonner Politiker, Westdeutschlands Dreckschleudern zu entschwefeln und sämtliche Neuwagen mit Katalysatoren ausstatten zu lassen. Jahre später erweist sich, daß der Multi-Millionen-Aufwand gelohnt hat:

- ▶ Die Emission von Schwefeldioxid, Hauptverursacher von Saurem Regen und von Winter-Smog, sinkt binnen 13 Jahren um rund 40 Prozent,
- ▶ der Ausstoß von Stickoxiden, ebenfalls verantwortlich für

Baumschäden sowie für den Sommer-Smog, fällt 1990 sogar unter den Wert von 1975.

Heute, an der Schwelle des neuen Jahrtausends, ist der deutsche Wald – dem weiterhin Importdreck aus östlichen Nachbarländern und Emissionen aus der Landwirtschaft zusetzen – zwar noch immer zu einem Drittel geschädigt, aber das Siechtum scheint wenigstens gebremst. Der Göttinger Professor Bernhard Ulrich, einer der ersten Mahner, sieht in der Reaktion auf das Waldsterben eine „Erfolgsgeschichte“ des Umweltschutzes.

Viele solcher Erfolgsgeschichten haben sich seit Anfang der achtziger Jahre in Deutschland zugetragen. Ihnen allen ist eines gemeinsam: Umweltschützer in Öko-

Drei grüne Jahrzehnte Chronik der deutschen Ökologiebewegung 1969 bis 1999

1969 Nach dem Wahlsieg von SPD und FDP prägt ein Innen-Ministerialbeamter der neuen Regierung Brandt/Scheel das bis dahin in Deutschland ungebrauchliche Wort Umweltschutz.



1970 Das Europäische Naturschutzjahr gilt als Auftakt der modernen deutschen Umweltbewegung. Bonn legt ein „Sofortprogramm Umweltschutz“ vor, Bayern richtet als erstes Bundesland ein Umweltministerium ein und gründet den Nationalpark Bayerischer Wald.

1971 In Deutschland erscheint erstmals eine Rote Liste der vom Aussterben bedrohten Vogelarten. In Kanada gründet David McTaggart Greenpeace International.

1972 Lokale Protestgruppen gegen Fluglärm, Autobahnbau und Stadtsanierung schließen sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen. Bonn beruft einen Sachverständigenrat für Umweltfragen. Der Club of Rome veröffentlicht die Denkschrift „Grenzen des Wachstums“.

1973 Unter dem Schock der ersten Ölkrise legen die Deutschen autofreie Sonntage ein. In Washington wird ein internationales Artenschutzabkommen (Cites) verabschiedet, das die Dezimierung von Flora und Fauna stoppen soll.

1975 Gründung des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Anti-Atom-Proteste im badischen Wyhl, Großdemonstrationen



unter anderem in Brokdorf (1976) und Kalkar (1977) folgen.

1976 Die Dioxin-Katastrophe im italienischen Seveso demonstriert der Welt die Risiken der Großchemie. In Bonn tritt ein neues Bundesnaturschutzgesetz in Kraft, das allerdings zahlreiche Ausnahmeregelungen zugunsten der Landwirtschaft enthält.

1979 Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht verzichtet unter lokalem Protestdruck auf den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Gorleben.

1980 Die Grünen konstituieren sich als Bundespartei. Der apokalyptisch anmutende US-Regierungsreport „Global 2000“ wird in Deutschland mehr als 500 000mal verkauft. Greenpeace Deutschland tritt mit ersten Meeresschutzaktionen an die Öffentlichkeit.





R. BOSSU / SYGMA

Polizeieinsatz gegen Castor-Gegner (1997): „Die Grünen müssen aufpassen, daß sie die Führung zum Milieu nicht verlieren“

Parteien, Verbänden und Instituten reden nicht sonderlich gern darüber. Denn: Während jeder Umwetalarm ihnen Wählerstimmen, Neumitglieder oder Zuschüsse sichert, gefährdet Entwarnung ihre Mandate, Spendengelder und Forschungsmittel.

„Da müssen wir Wissenschaftler uns einen gewissen Vorwurf machen“, antwortete der Forstforscher Ulrich 1996 auf die

Frage, warum die Erfolge im Kampf gegen die Waldgifte von den Deutschen kaum wahrgenommen worden seien: „Wir sind nicht in dem Maß an die Öffentlichkeit gegangen wie Anfang der achtziger Jahre mit umgekehrtem Vorzeichen. Das war ein Fehler.“

Das Waldsterben, so scheint es, sensibilisiert während der Sturm-und-Drang-Jahre des Umweltschutzes die Mehrheit der

Westdeutschen für ökologische Themen jeder Art. „Von Woche zu Woche entstehen neue Begriffe, erfahren wir über neue Gifte, neue Zusammenhänge“, schreibt SPD-Öko-Pionier Erhard Eppler: „Das neue Vokabular reicht von Dioxin bis zum Verkehrsinfarkt, vom Super-GAU bis zum Treibhauseffekt, von der Bodenerosion bis zum Ozonloch, vom Hautkrebs bis zu den Allergien.“

Zwischen 1983 und 1989 verdoppelt sich die BUND-Mitgliederzahl von 80 000 auf 160 000. SPD und Gewerkschaften jedoch – gefangen in der Irrlehre, Umweltschutz gefährde Arbeitsplätze – öffnen sich den neuen Themen zunächst nur zögerlich.

Um so mehr Zulauf bekommt die neue Partei mit dem Sonnenblumen-Symbol. 1983 schaffen die Grünen mit 5,6 Prozent den Einzug ins Bonner Parlament.

Die wichtigste Entwicklung jener Jahre jedoch bahnt sich im stillen an: Die Haltung der Unternehmerschaft zum Umweltschutz wandelt sich fundamental. Verblüffende Folge: Während (wenn auch nicht wegen) der Regentschaft Helmut Kohls erblüht in Deutschland eine Art ökologisches Wirtschaftswunder.

Noch in den Siebzigern waren, wie sich der Oldenburger Ökonomeprofessor Reinhard Pfriem erinnert, die Fronten klar gewesen: hier die „umweltzerstörenden Kapitalisten“, dort die „antikapitalistischen Umweltschützer“. 20 Jahre später sind – mancher Grüne kann's immer noch nicht

1981 Die Entdeckung des Waldsterbens alarmiert die Deutschen.

1985 In Wien verabschieden 21 Staaten ein Rahmenabkommen zum Schutz der Ozonschicht, dem elf Jahre später ein weltweites FCKW-Verbot folgt.

1986 Die Atom-Katastrophe von Tschernobyl veranlaßt Bundeskanzler Kohl zum Aufbau eines Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

1990 Als Vize-Umweltminister der letzten DDR-Regierung läßt der Biologieprofessor Michael Succow knapp fünf Prozent der ostdeutschen Fläche unter Naturschutz stellen.

1992 Der Treibhauseffekt ist zentrales Thema der globalen Umweltkonferenz in Rio de Janeiro sowie von Folgekonferenzen in Berlin (1995),

Kyoto (1997) und Buenos Aires (1998). US-Vizepräsident Al Gore fordert in seinem Buch „Wege zum Gleichgewicht“ einen „Marshallplan für die Erde“.

1995 Greenpeace operiert erfolgreich in der Nordsee gegen die Versenkung der Shell-Ölplattform „Brent Spar“ und demonstriert gegen französische Atomversuche in der Südsee.

1997 Mit dem größten Polizeiaufgebot in der Geschichte des Landes setzt der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder einen Castor-Atomtransport gegen Blockadeversuche von Demonstranten durch.

1998 Nach dem rot-grünen Wahlsieg amtiert mit dem Atomgegner Jürgen Trittin erstmals ein grüner Umweltminister in Bonn.

1999 Eine (von Umweltverbänden als unzureichend kritisierte) Ökosteuer tritt in Kraft. SPD- und Grünen-Politiker streiten über Konzepte zum Atomausstieg.



fassen – weite Teile der Industrie faktisch zu einem Teil der Umweltbewegung geworden.

Die Umweltwirtschaft beschäftigt heute gut eine Million Menschen – und damit ebenso viele Arbeitnehmer wie die gesamte Automobilindustrie samt Zulieferern. Und kein Land, auch Japan nicht, exportiert mehr Umwelttechnik als die Bundesrepublik.

Zu verdanken hat die deutsche Wirtschaft diesen Welterfolg – Ironie der Umweltgeschichte – der einst verteuerten Öko-Bewegung. Denn erst nachdem Umweltverbände und -politiker die Unternehmen unter Druck gesetzt hatten, begannen die meisten, sich für umweltbewußtes Management zu interessieren.

Fast „sturzbachartig“ (Pfriem) widmete sich, von 1988 an, auch die deutsche Wirtschaftswissenschaft der Ökologie. Aufregendstes Resultat: Umweltschutz bringt Profit – durch Energie- und Materialeinsparung, durch Imagegewinn und Exportsteigerung.

Mittlerweile zählen Öko-Auditing, Öko-Bilanz, Öko-Controlling zum Abc moderner Unternehmensführung. Chemiemultis ersetzen ihr altes Teufelszeug durch umweltverträgliche Ersatzstoffe, Papiermühlen und Verlage verlangen nach Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft, Verpackungshersteller entwickeln kompostierbare Joghurtbecher.

Besserungsfähig scheinen sogar die beiden größten Bösewichte. Die Autokonzerne, oft als „Umweltkiller Nummer eins“ gebrandmarkt, und die Mineralölindustrie, die sich mit Greenpeace 1995 fast eine Seeschlacht um die Shell-Ölplattform „Brent



Greenpeace-Aktion gegen Waldsterben
Erfolge kaum wahrgenommen

Spar“ geliefert hat, wandeln sich zu grünen Hoffnungsträgern.

Wenn nach der Jahrtausendwende die Solartechnik ihren wirtschaftlichen Durchbruch erlebt, dann wahrscheinlich auch deshalb, weil die Deutsche Shell sich gegenwärtig für diesen Zukunftsmarkt präpariert. Und wenn der Ottomotor demnächst

zum Auslaufmodell werden sollte, dann vor allem, weil die DaimlerChrysler AG derzeit mit der Brennstoffzelle einen ökogerechten Alternativantrieb zur Marktreife entwickelt.

Schöne Aussichten: „Das 19. Jahrhundert“, beschreibt die „FAZ“ die Folgen, „war das Jahrhundert des Dampfs, das 20. das des Endverbrauchs fossiler Energien, das 21. wird das des Stroms sein, der nicht aus der Kernfusion oder der geschmälerten Atomkraft gewonnen wird, sondern aus der unschuldigen Brennstoffzelle“ – einem Aggregat, das statt gefährlicher Oxide nur lauwarmen Wasserdampf ausstößt.

Doch auch bislang schon hat das Zusammenspiel von Öko-Verbänden, Öko-Politik und Öko-Industrie eine Fülle von Erfolgen für Natur und Umwelt gebracht – manche allerdings sind noch kaum ins öffentliche Bewußtsein gedrungen.

- ▶ Beispiel Dioxin: Müllverbrennungsanlagen, früher ein Gesundheitsrisiko ersten Ranges, spucken heute nur noch verschwindend geringe Mengen des Seveso-Giftes aus. Öko-Experte Fritz Vahrenholt, Autor des Buches „Seveso ist überall“, hält das Dioxin-Problem mittlerweile für „gelöst“.
- ▶ Beispiel Schwermetalle: Die Luftbelastung durch Benzinblei hat sich binnen zehn Jahren um 93 Prozent verringert, der Cadmiumgehalt um 76 Prozent. Rückläufig ist auch die Giffracht der Muttermilch; selbst Umweltschützer raten längst wieder zum Stillen statt zur Nuckelflasche.
- ▶ Beispiel Ozonloch: Die internationale Ächtung des Spraydosens-Treibstoffes FCKW läßt Experten hoffen, daß der

Bedrohter Planet Öko-Katastrophen schärfen das Umweltbewußtsein

1 USA

1978 Der Industrievorort Love Canal im Bundesstaat New York wird evakuiert, nachdem Emissionen einer Giftmülldeponie Todesopfer gefordert haben.

1979 Ein Störfall im Atomkraftwerk „Three Mile Island“ bei Harrisburg weckt Zweifel an der Umweltverträglichkeit der Kernenergie.

1989 Der Tanker „Exxon Valdez“ verseucht die Südküste von Alaska. Exxon muß sieben Milliarden Dollar für Entschädigungen und Reinigung zahlen.

2 ASIEN, AFRIKA, LATEINAMERIKA

1999 Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation erkranken durch Pestizidvergiftungen jährlich vor allem in der Dritten Welt bis zu 5 Millionen Menschen, etwa 40 000 sterben an den Folgen.

3 ITALIEN

1976 Bei einem Unfall in der Chemiefabrik von Seveso tritt Dioxin aus, zahlreiche Menschen werden verletzt, Erdreich ist auf Jahrzehnte verseucht.

4 LONDON

1952 bis 1963 Smog-Katastrophen fordern in London Tausende von Todesopfern.

5 DEUTSCHLAND

1980 Saurer Regen, verursacht durch Kraftwerke und Kraftfahrzeuge, läßt in Deutschland Millionen Hektar Wald erkranken und in Skandinavien Seen sterben.

6 UKRAINE

1986 Eine Kernschmelze im Atomkraftwerk Tschernobyl fordert jahrelang Todesopfer. Weite Teile Europas sind radioaktiv belastet, ein Drittel von Belorußland bleibt verseucht.

9 JAPAN

1956 Quecksilber-Abwässer einer Chemiefabrik in Minamata vergiften Menschen und Fische.

10 MITTLERER OSTEN

1991 Nach dem Golfkrieg bedeckt „Schwarzer Regen“ aus brennenden Ölquellen weite Teile des Mittleren Ostens.

11 SÜDOSTASIEN

1997 Gewaltige Brände verheeren tropische Regenwälder in Indonesien, Rauch belastet wochenlang die Luft in mehreren Ländern Südostasiens.

12 INDIEN

1984 In Bhopal werden bei einer Explosion in einer Fabrik des US-Konzerns Union Carbide über 4000 Menschen getötet und 200 000 verletzt.

8 FRANKREICH

1978 Nach der Havarie des Supertankers „Amoco Cadiz“ vernichtet eine Ölpest vor der bretonischen Küste Fischgründe und Austernzuchten.

13 AUSTRALIEN

1985 Mit Satellitenmessungen wird ein Ozonloch über der Antarktis nachgewiesen – Ursache von Hauterkrankungen in Australien und Neuseeland.



Ozon-Abbau in der Stratosphäre im nächsten Jahrzehnt gestoppt werden kann; Mitte des nächsten Jahrhunderts könnte sich die Schutzschicht der Erde regeneriert haben.

► Beispiel Abwasser: Milliardeninvestitionen in Kläranlagen und Ringleitungen haben bewirkt, daß Deutschlands Flüsse und Seen allmählich sauberer werden. Im Rhein hat sich die Zahl der Fischarten fast verdoppelt, in der Elbe springen wieder Lachse.

Mindestens ebensolang ist allerdings die Liste der offenen Probleme – enorm viel bleibt noch zu tun für Bonns grünen Umweltminister Jürgen Trittin und seine Kabinettskollegen sowie die Landesregierungen.

Uneingelöst ist das noch von der Regierung Kohl abgegebene Klimaschutz-Gelübde, bis zum Jahre 2005 den deutschen Kohlendioxid-Ausstoß um 25 Prozent zu reduzieren.

Unerledigt ist die Aufgabe, den Lastverkehr (der mehr Stickoxide verursacht als der gesamte Pkw-Verkehr) verstärkt auf die Schiene zu verlagern – der aktuelle Trend ist gegenläufig. Ungebremst ist die Luft-, Wasser- und Bodenbelastung durch die konventionelle Landwirtschaft, die nach Expertenansicht heute Deutschlands größter Umweltschädiger ist.

Lösbar wären die umweltpolitischen Schlüsselprobleme nur mit einer Politik, die kräftige Anreize setzt, mit Rohstoffen und Energie effizienter als bislang umzugehen – „Negawatt statt Megawatt“ zu produzieren, wie Professor Hans-Peter Dürr vom Münchner Max-Planck-Institut für Physik rät.

Damit die Menschheit überleben kann, muß nach den Berechnungen Dürrs jeder der bald sechs Milliarden Weltbürger mit einem Energie-Etat von 1,5 Kilowattstunden pro Stunde auskommen – die Deutschen verbrauchen das Vierfache. Würde die Lebensweise der Bundesbürger weltweit nachgeahmt, so Dürr, „müßten wir uns noch vier weitere Erden borgen“.

Auch im europäischen Vergleich schneidet das rot-grüne Deutschland nicht eben glänzend ab. Mit ihren halbherzigen Ökosteu-Beschlüssen, die eher dem Rentenkassenausgleich als dem ökologischen Umsteuern dienen, bleibt die Koalition weit hinter einschlägigen Regelungen in den Niederlanden, in Dänemark und Großbritannien zurück.

Öko-Organisationen wie BUND und Nabu, mit ihren rund 500 000 Mitgliedern zehnmal so stark wie die Grünen und sechsmal so stark wie die FDP, setzen daher auf

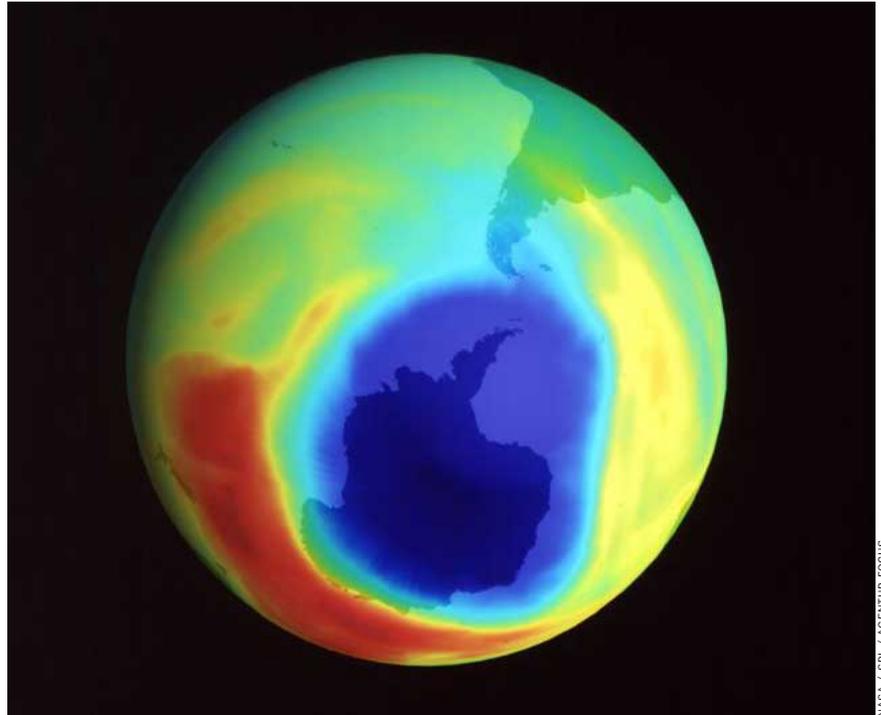
eine zweite Stufe der Ökosteuer, die ihren Namen wirklich verdient. Sollten sich diese Erwartungen – wie auch die Hoffnungen auf einen raschen Atomausstieg – nicht erfüllen, drohen Konflikte mit der Koalition. Die Grünen, warnt deren Fraktionschefin Kerstin Müller bereits, müßten aufpassen, daß sie „als Regierungspartei die Föhlung zu diesen Milieus nicht verlieren“.

Insbesondere dem Umwelt- und Atomminister Trittin ist bewußt, daß es ohne die Unterstützung durch die Öko-Lobby „den Regierungswechsel nicht gegeben“ hätte. Doch bereits im November, als sich Trittin

auf die SPD-Basis, die Industriearbeiterschaft und die Industrie zuläßt.

Folgerichtig sagte Schröder ebenso kurzfristig wie brösk seine Teilnahme am Nabu-Jubiläum ab – angeblich aus Solidarität mit den Arbeitern der niedersächsischen Meyer-Werft. Nabu-Chef Flasbarth hatte zuvor den von der Werft verlangten und vom Kanzler unterstützten Bau eines Emssperrwerks als „gedankenlos“ kritisiert. Schröder ließ sein Grußwort von Umweltminister Trittin verlesen.

Immerhin: Viele der Roten sind in den letzten Jahren den Grünen in der Sache



Ozonloch über der Antarktis*: Problem gelöst in 50 Jahren?

beim BUND für dessen Wahlhilfe bedankte, kündigte die neue Vorsitzende Angelika Zahrt an, ihr Verband werde, „wo nötig“, von Kooperation auf Konfrontation umschalten.

Nach den ersten hundert Tagen der Regierung Schröder, resümierte Zahrt, habe sich außer bei den zentralen Vorhaben Atomausstieg und Ökosteuer nicht viel getan: „Diese Konzentration hat zu einer weitgehenden Funkstille auf den anderen umweltrelevanten Feldern geführt.“

Größtes Problem der Koalition: Während die Grünen bemüht sein müssen, einen Bruch mit dem Öko-Milieu zu vermeiden, will sich Gerhard Schröder nicht grüner geben, als es die Rücksichtnahme

immer näher gekommen. So ist der Bonner SPD-Fraktionsvize Michael Müller, 50, zugleich deutscher Vorsitzender der weltweit 600 000 Naturfreunde, die sich nach wie vor als „ökologisches Frühwarnsystem der Arbeiterbewegung“ verstehen.

Außerdem setzen die von Schröder verehrten Strategen in den Chefetagen der Wirtschaft mehr und mehr auf Umweltschutz. Das alte Kampfangument, hohe Öko-Standards würden Unternehmen ins Ausland vertreiben, hat längst ausgedient.

„Inzwischen sind die klügeren Vertreter der Industrie bemüht, die selbst gesäten Vorurteile wieder mühsam einzusammeln“, schreiben die Fachautoren Dirk Maxeiner und Michael Miersch („Lexikon der Öko-Irrtümer“). Neue Bücher von Top-Managern wie dem Dow-Europe-Vizepräsidenten Claude Fußler („Die Öko-Innovation – Wie Unternehmen pro-

„Würden alle leben wie wir, müßten wir uns noch vier weitere Erden borgen.“

PHYSIKER HANS-PETER DÜRR

* Koloriertes Nasa-Satellitenbild aus dem Herbst 1998; die niedrigste Ozon-Konzentration ist dunkelblau dargestellt.

fitabel und umweltfreundlich sein können“) lesen sich, so die „Wirtschaftswoche“, als habe „der Greenpeace-Chef persönlich“ sie verfaßt.

Mit demselben Interesse, mit dem Öko-Bewegte in den achtziger Jahren die apokalyptische US-Studie „Global 2000“ lasen, studieren deutsche Manager in den neunziger Jahren ganz ähnliche Literatur: beispielsweise Weltbankstudien über die Luftverschmutzung in China, die alljährlich 290 000 Todesopfer fordern, oder Prognosen über den globalen Trinkwassermangel, der im Jahre 2025 womöglich drei Milliarden Menschen plagen werde.

„Umweltexperten sehen in diesen Knappheiten einen riesigen Absatzmarkt für neue Technologien“, schreibt das „manager magazin“. Hauptnutznießer der weltweit emporschnellenden Nachfrage nach Recycling-, Solar- und Filtertechnik werde die Bundesrepublik sein, deren Industrie gerade wegen der hohen deutschen Umweltstandards über einen „deutlichen Innovationsvorsprung gegenüber dem Ausland“ verfüge.

Wer hätte das einst gedacht, als Greenpeace-Kämpfer die ersten Müllschiffe blockierten und als verummte Chaoten mit Zwillen und Stahlkugeln gegen Atommeiler vorrückten: daß sich Deutschlands militante Öko-Bewegung eines Tages als entscheidender Standortvorteil für die Bundesrepublik erweisen könnte.

Die Chancen, daß im 21. Jahrhundert tatsächlich jener „Aufbruch 21“ erfolgt, zu dem die Öko-Bewegung im gleichnamigen Manifest des Deutschen Naturschutzringes aufruft, stehen mithin nicht gar so schlecht. Die Verbände fordern einen „New Deal“, der „das Wachstum von Wirtschaft und Technik mit dem Schutz der Natur in Einklang“ bringt.

Die Zeit dafür drängt, nachdem die Versäumnisse des alten Jahrhunderts zur Ausdehnung von Wüsten, zur Überfischung von Meeren und sogar zur Gefährdung



Luftverschmutzung in China: „Riesiger Absatzmarkt“

des Klimas geführt haben. Ein Teil der Schäden allerdings ist schon jetzt irreversibel, allem voran die Zerstörung der Artenvielfalt.

„Bis zum Jahr 2020 werden mehr als ein Fünftel aller Pflanzen- und Tierarten ausgerottet sein“, warnt der renommierte Harvard-Zoologe Edward Osborne Wilson. „Das gegenwärtige Artensterben ist nur mit dem Massenaussterben am Ende der Dinosaurier-Ära vor 65 Millionen Jahren vergleichbar“, sagt er. „Damals war eine Naturkatastrophe die Ursache, heute sind wir es.“ In Deutschland – wo es noch immer zu wenige und zu schlecht geschützte Naturreservate gibt – gelten über 50 Prozent der Wirbeltierarten und 70 Prozent der Biotoptypen als gefährdet.

LITERATUR

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING (Hrsg.): „Aufbruch 21 – Ökologie und Demokratie. Manifest für mehr Gerechtigkeit“. Bonn 1998; im Internet unter www.dnr.de/Aktivitaeten/Aufbruch_21.htm – *Magna Charta des Dachverbands des deutschen Natur- und Umweltschutzes*.

BUND UND MISEREOR (Hrsg.): „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zur global nachhaltigen Entwicklung“. Birkhäuser, Basel 1996; 460 Seiten – *Die vom bischöflichen Hilfswerk Misereor mitfinanzierte*

Studie des Wuppertal Instituts gilt als Bibel der grünen Bewegung.

DIRK MAXEINER, MICHAEL MIERSCH: „Lexikon der Öko-Irrtümer“. Eichborn, Frankfurt am Main 1998; 420 Seiten – *Teils realistische, teils überoptimistische Bestandsaufnahme von Erfolgen der Umweltbewegung*
FRIEDRICH SCHMIDT-BLEEK: „Das MIPS-Konzept. Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10“. Droemer, München 1998; 320 Seiten – *Der langjährige Vizepräsident des Wuppertal Instituts weist neue Wege zu effizientem Umgang mit Energie.*

Eine Trendwende zeichnet sich einzig bei den Brutvögeln ab: Der Anteil der gefährdeten Arten ist von 61 auf 42 Prozent gesunken. Zu verdanken ist diese Entwicklung unter anderen den Nachfolgern der Paradiesvogel-Hüter von 1899 – beispielsweise jenen 260 Freiwilligen, die allein in Schleswig-Holstein rund um die Uhr Seeadlerhorste vor Nesträubern und Trophäenjägern schützen.

Wie lange das ehrenamtliche Engagement anhält, von dem die Natur- und Umweltschutzbewegung lebt, ist allerdings fraglich. Den Grünen laufen die Jungwähler davon, und auch der Chemnitzer Öko-Forscher Sven Sohr hat unter Jugendlichen in den letzten Jahren „erdrutschartige Einbrüche des politischen Interesses“ an Umweltfragen festgestellt.

Bei der Suche nach Ursachen stieß Sohr auf einen „Rückgang der Besorgnisse vor einem atomaren Unfall“: Bereits 1995 waren die Atomängste unter das Niveau von 1985 gefallen – also die Zeit vor dem Super-GAU in der Ukraine. Typisches Zitat: „Tschernobyl, mein Gott, es ist einfach schon wieder weg, als wäre es nie passiert.“

Zudem hat die Ökologisierung der Industrie ihre Wirkung auf Jugendliche nicht verfehlt: Die antikapitalistischen Feindbilder, die einst den Widerstand beflügelten, verblasen. Dafür wächst laut Sohr die unbequeme Einsicht, daß für die Umweltzerstörung „mehr oder weniger alle Menschen verantwortlich sind“ – und folglich „das Feindbild nun im eigenen Spiegel zu suchen ist“. Ein solches Feindbild aber schwächt die Kampfkraft ganz enorm.

Bölsche, 53, ist SPIEGEL-Autor. Für diverse Titelgeschichten („Der deutsche Wald stirbt“) und SPIEGEL-Bücher („Natur ohne Schutz“, „Die deutsche Landschaft stirbt“) wurde er mit Journalistenpreisen der Waldbesitzerverbände und der Deutschen Umweltstiftung ausgezeichnet.

ROLF PETER STEFERLE: „Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart“. C. H. Beck, München 1984; 304 Seiten – *Materialreiche Ideengeschichte der deutschen Naturschutz-Bewegung.*

JOCHEN ZIMMER: „Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung“. Freizeit und Wandern, Stuttgart 1985; 308 Seiten – *Die ersten Grünen waren Rote: facettenreiches Porträt der linken Naturfreunde-Bewegung.*